

Berufsbildung aktuell.

Magazin des Landesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Niedersachsen e.V.

Berufsschulen Was kann getan werden?

Unbefriedigende Situation bei Ausbildungsplätzen und schulischen Arbeitsbedingungen

Liebe Freunde,

könnte die Wirtschaft in Deutschland – Ausbildungsplätze inbegriffen - stärker wachsen, wenn die Spitzenmanager von Unternehmen besser wären? Nach einer Befragung von Führungskräften lautet die Antwort der Management Akademie München an das Führungspersonal von Betrieben eindeutig: „Ja“. Deutsche Manager wüssten nicht, was sie morgen, und erst recht nicht, was sie übermorgen wollten. So fehle denn auch den betrieblichen Führungskräften die Orientierung und dabei irritierten sie mit ihrem zu häufigen Strategiewechsel die Mitarbeiter. All dies verursache zudem unnötig hohe Kosten, obwohl viele Mängel von der großen Motivation und dem Einsatz der Mitarbeiter kompensiert würden.



Nun sind unsere Berufsschulen als Partner in der dualen Ausbildung zwar keine Firmen oder gar Konzerne, aber dennoch ist es legitim, Parallelen zu den oben genannten Punkten zu ziehen und zu fragen, wie es denn derzeit auf der „Baustelle Berufsschule“ aussieht.

Das anhaltend zu geringe Wirtschaftswachstum in Deutschland, der Globalisierungswettbewerb sowie die geburtenstarken Jahrgänge haben dazu geführt, dass es im dualen System der Berufsausbildung seit Jahren nicht mehr genügend Ausbildungsplätze gibt. Dies Problem ist in Wirtschaft und Politik seit langem bekannt. Dennoch parken heute zu viele Jugendliche in berufsschulischen Überbrückungsmaßnahmen. Hier sitzen wir schon viel zu lange auf einem Pulverfass. Unverzög-

liches Handeln ist gefordert. Die Zeit drängt, da dem demografisch drohenden Facharbeitermangel frühzeitig begegnet werden sollte.

Neben dem bewährten dualen System wäre es zur Lösung der Ausbildungssituation denkbar, Berufsausbildungsgänge parallel zur dualen Ausbildung zumindest für eine begrenzte Zeit einzurichten, so dass allen Jugendlichen ein Weg zur abgeschlossenen Berufsausbildung ermöglicht werden kann. Dies wurde bereits vor etlichen Jahren in der Urfassung der „Loccumer Grundsätze“ des BLBS Niedersachsen gefordert, falls es mit der Wirtschaft nicht wieder bergauf gehen sollte. Seit den siebziger Jahren ist es mit dem Wirtschaftswachstum kontinuierlich bergab gegangen. Also haben wir hier weniger einen Erkenntnismangel, sondern eher ein Umsetzungsdefizit, wenn es darum geht, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die unserer Schülergeneration mindestens eine berufliche Erstausbildung im Zusammenspiel von Schule und Wirtschaft ermöglichen – wenn auch ein aus der Not heraus geborenes Kind des Exportweltmeisters Deutschland.

Dass Deutschland auch zu wenig Universitätsabsolventen habe, kritisierte jetzt die Industrieländerorganisation OECD, die uns auch mit PISA in die Schlagzeilen brachte.

Während im OECD-Schnitt jeder Dritte einen Hochschulabschluss habe, sei dies in Deutschland nur jeder Fünfte. Wie es in einem Kommentar in der Welt am Sonntag heißt, seien die Zahlen aber nicht unmittelbar vergleichbar, denn für viele Berufe, die in Deutschland mit einer dreijährigen Lehre zu erlernen seien, brauche es im Ausland ein Hochschulstudium. Dennoch seien die Zahlen alarmierend, weil sie zeigten, dass das deutsche Ausbildungssystem ins Abseits gerate. Kaum

Herausgeber: Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Landesverband Niedersachsen e.V.
Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511 - 32 40 73, Fax: 0511 - 363 22 03

e-mail: info@BLBS-Nds.de
<http://www.BLBS-Nds.de>

Mitglied des BLBS im BVN, DL, dbb



Redaktion: Friedrich Susewind, Tel.: 0163 14 81 727, St. Joost 8, 26434 Wangerland

Ingrid Rüber, Tel.: 0531 - 31 44 01, Fax 0531 - 31 44 14, Kantstraße 4, 38112 Braunschweig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verbandes wieder.

Druck: Druckerei Beneking GmbH, Göttinger Landstr. 4, 30966 Hemmingen **Berufsbildung aktuell.** erscheint viermal im Jahr.

eine andere Nation habe das hochwertige deutsche duale Ausbildungssystem übernommen, ebenso wie das Hochschulsystem mit den Diplomabschlüssen. Stattdessen studiere fast die ganze Welt mit dem Bachelor- und Mastersystem, einer Art Bildungsbaukasten, der den schnellen Einstieg ins Arbeitsleben ermögliche.

Was kann getan werden? Während Deutschland inzwischen auf Bachelor- und Masterstudiengänge umstellt und damit mehr Flexibilität in den beruflichen Qualifikationen zu erreichen hofft, schleppen die Berufsschulen in Niedersachsen weiterhin das Ausbildungsproblem mit sich herum.

Aber damit nicht genug! Vor allem die Übertragung dienstrechtlicher Befugnisse an die berufsbildenden Schulen und die mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule verbundenen neuen Aufgaben wie Qualitätssicherung und -entwicklung führen zu Aufgabenverlagerungen von oben nach unten. Erhebliche Mehrbelastungen der Lehrkräfte sind neben der Unterrichtserteilung - dem Kerngeschäft in der Wertschöpfung von Schule - die Folge.

Unseren Lehrkräften ist es kaum noch möglich, neben den zahlreichen schulischen Belastungen sich über den Schulalltag hinaus für Schule einzusetzen. So besteht kaum noch Zeit dafür, notwendige Kontakte mit dem dualen Partner in der Region zu pflegen und auszubauen. Diese belastenden Faktoren in der Wertschöpfung sind allerorts bekannt und jetzt wieder einmal in einer Sonderbeilage des Rheinischen Merkurs ausführlich dargestellt worden. Sie bewirken aber keine Lösung des Problems.

Und bei all dem gilt seit jeher: Jeder Pädagoge soll bis hin zur persönlichen Leidenschaft sein Bestes für die Schule geben und dabei für verbindliche, neue Ziele einstehen. Aber wie auch in der Wirtschaft führen alle Umstrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen bei allen erfolgreichen Institutionen nur dann zu hoher Akzeptanz und Mitarbeitermotivation,

wenn ein hoher Investitionsinput in die Mitarbeiter investiert wird. Hier fehlt es erheblich an Power. Mit anderen Worten: Wir haben zum Beispiel an allen Schulen Fortbildungsbeauftragte, aber zur Umsetzung der notwendigen Fortbildung fehlen ihnen oft die finanziellen Mittel und dem Lehrpersonal die Zeit. So wird denn auch nicht selten eine Fortbildung aus persönlicher Tasche der Lehrkraft bezahlt, obwohl das Realeinkommen der Lehrer in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist.

Thema Realeinkommen: Man fragt sich, wie einem Studienreferendar mit Universitätsabschluss zumute ist, der als Jungeselle knapp 1000 Euro mtl. verdient, während zum Beispiel der Azubi im Bankgewerbe bereits im ersten Lehrjahr einiges mehr erhält. Da besteht Handlungsbedarf, sofern man vermeiden will, dass der Beruf des Lehrers immer mehr an Attraktivität verliert. Ohnehin fehlt es heute bereits erheblich an Lehrern und Lehrernachwuchs.

Ferner gilt es, das Lehrpersonal so zu besolden, dass es den Anschluss an die allgemeine Lohnkostenentwicklung nicht verliert. Die durch den Föderalismus entstehende neue Situation in Niedersachsen darf dies nicht noch verschärfen.

Liebe Freunde, wir Lehrkräfte in den berufsbildenden Schulen haben dennoch einen interessanten und abwechslungsreichen Beruf mit einer hohen Verantwortung. Auch künftig werden wir die neuen Herausforderungen mit der erforderlichen Akribie annehmen und uns mit „persönlicher Leidenschaft“ einsetzen. Dazu sind aber von der Schulpolitik für Lehrer wie für Schüler stärker motivierende und leistungsfördernde Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Schulpolitik ist gefordert, für betreffende Maßnahmen den Boden zu bereiten und entsprechende Rahmenbedingungen verlässlich zu setzen.

Ihr

Heinz Ameskamp

Aus der Bildungspolitik

Berufseinstiegsklasse (BEK) Neue Warteschleife oder Verbesserung beruflicher Perspektive?

Von Friedrich Susewind

Hannover (fsu) „Kultusminister Busemann testet neue Warteschleife“, derart kategorisch titelte jetzt die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion in ihrer Pressemitteilung Nr. 15-177. Darin nimmt Jacques Voigtländer, einst Dipl. Handelslehrer an der BBS I in Uelzen und heute Mitglied des Landtags, die oben genannten einjährigen Berufseinstiegsklassen ins Visier, die ab diesem Schuljahr an 40 berufsbildenden Schulen im Rahmen eines niedersächsischen Schulversuchs eingeführt wurden. Mit dem BEK – Bildungsangebot, will Niedersachsen insbesondere Jugendlichen mit sehr schwachem oder fehlendem Hauptschulabschluss eine bessere berufliche Perspektive geben.

Voigtländer, der in dem Papier als Berufsschulexperte der SPD-Fraktion ausgewiesen wird, vertritt die Ansicht, „dass durch die schlichte Vermittlung theoretischer Grundlagen in den BEK lediglich der Schulfrust der Schülerinnen und Schüler konserviert“ werde. Wer sich mit den Durchführungsbestimmungen für den neuen Schulversuch jedoch näher befasst, muss zu

einem völlig anderen Ergebnis kommen.

Dazu drei Anmerkungen:

Erstens kann von der „schlichten Vermittlung theoretischer Grundlagen“ in der neuen Schulform wohl keine Rede sein, denn allein die Stundentafel zeigt, dass weit über ein Drittel aller erteilten Stunden reine Fachpraxisunterweisungen sind.

Darüber hinaus wird während dieser Zeit ein Schülerpraktikum von vier Wochen angestrebt. Hinzu kommt, dass sich die Lehrer gemeinsam mit geeigneten Betrieben in der Region im Sinne einer Lernortkooperation in der Fachpraxis mit ihren jungen Leuten engagieren. Dieser Einsatz ist nicht neu, jedoch wurde er in einer Durchführungsbestimmung noch nie so explizit dargestellt wie jetzt in der BEK. Das lässt hoffen.

Zweitens wird vor allem den Schülerinnen und Schülern, die diese Klassen besuchen wollen, kein guter Dienst erwiesen, wenn kurz vor Einführung der BEK orakelt wird, in dieser neuen einjährigen Berufseinstiegsklasse werde „Schulfrust konserviert“. Dagegen zeigt sich bei näherer Betrachtung: **Werden Schülerinnen und Schüler einmal gefragt, wo sie der Schuh am meisten drückt, kommen sie sehr bald auf folgendes zu sprechen: „Echten Frust“ erleiden sie immer dann, wenn sie zum Beispiel bei Absagen auf Stellenbewerbungen schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen, wie sehr es ihnen an soliden Basiskompetenzen in Deutsch, Englisch und Mathematik mangelt.** Nostra culpa, aber auch in ihren Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Ausdauer, anständigem Auftreten usw. möchten sie noch dazulernen und Fortschritte machen, denn sie haben die große Bedeutung dieser Fähigkeiten für den Erwerb ihrer eigenen Berufs- und Lebensbiografie längst erkannt. Und insofern setzt die neue Berufseinstiegsklasse mit ihren Kernfächern Deutsch, Englisch und Mathematik genau an der richtigen Stelle an. Wenn diese Fächer denn auch genügend praxisbezogen gestaltet werden, wie es seit jeher ein Markenzeichen des berufsbildenden Schulwesens ist, dann kann die Schulform - ähnlich wie in der Schweiz - zu einem Selbstläufer werden.

Drittens, ein Blick dorthin: In der Schweiz hat zum Beispiel die Zürcher Berufseinstiegsklasse – hier ebenfalls BEK genannt - seit 10 Jahren einen großen Zuspruch. Damit eine erfolgrei-

che Einzelbetreuung der Schüler gewährleistet ist, gibt es hier wie auch in unserer BEK nur eine beschränkte Anzahl an Aufnahmeplätzen. So werden Jugendliche, die momentan aus schulischen oder persönlichen Gründen noch keine Lehre antreten können, in der BEK individuell auf die Arbeitswelt vorbereitet. Erreicht wird dies über berufspraktische Arbeitseinsätze in Kombination mit einer intensiven schulischen Betreuung. Wie das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich dieser Zeitung mitteilte, wird dabei auf eine gute Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt geachtet und neuer, berufsspezifischer Unterrichtsstoff aufgearbeitet. So befindet sich der Lehrer stets in einem Prozess der Weiterbildung und wird neben dem Wissensvermittler zugleich ein Wegbereiter für die Jugendlichen. In diesem Sinne begleitet er die individuelle Berufsfindung und hilft bei der Suche und der Koordination von Praktikumsstellen mit, wie Mario Flury von der Berufswahlschule der Stadt Zürich betont. Und dabei scheint Flury als einer der Initiatoren der Zürcher BEK immer wieder vor spannenden Aufgaben zu stehen, die ihn ganz und gar ausfüllen.

Erkenntnis: All dies lässt vermuten, dass mit der neu konzipierten Berufseinstiegsklasse in Niedersachsen nun ein erfolgreicher Weg beschritten wird, um Jugendliche mit schwachem oder fehlendem Hauptschulabschluss auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Dass hier neben der berufspraktischen Vorbereitung vorrangig die Basiskompetenzen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und die Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit, Anstand und Freude an der Leistung gestärkt werden sollen, ist ein besonderes Markenzeichen der BEK. Ähnlich wie in der Schweiz wird die BEK umso erfolgreicher sein, je mehr die Lehrkräfte über ihren konventionellen Schulalltag hinaus die Verbindungen zu den Kammern und zu Industrie, Handel und Handwerk pflegen können.

„Produktionsschulen“ Östliche Idee für westliche Probleme?

Berlin (fsu) Jahr für Jahr finden zigtausend Jugendliche hierzulande keine Lehrstelle. Die Gründe: Einerseits fehlt es erheblich an Lehrstellen, andererseits mangelt es vielen Schülern an der notwendigen Berufsreife. Dagegen will Niedersachsen nun etwas tun. Mit Schuljahresbeginn sind an 40 berufsbildenden Schulen im Rahmen eines niedersächsischen Schulversuchs neue Berufseinstiegsklassen (BEK) eingeführt worden. Mit diesem der erfolgreichen Zürcher BEK ähnlichen Bildungsangebot will Kultusminister Busemann Jugendlichen mit sehr schwachem oder fehlendem Hauptschulabschluss eine bessere berufliche Perspektive geben. Kaum gesagt, schon melden sich Bedenkenräger zu Wort. In der BKE würde „lediglich der Schulfrust der Schülerinnen und Schüler konserviert“, so der Landtagsabgeordnete Jacques Voigtländer. Der gelernte Uelzener Berufsschullehrer plädiert für die Einführung einer „Produktionsschule“, in der „Jugendliche in Echt-Situationen tatsächlich auf das Arbeitsleben vorbereitet“ würden.

Welche Vorstellungen sind mit dem Begriff der Produktionsschule verbunden? Dazu ein Blick in die Geschichte. Von der sozialistischen Bildungstheorie des Karl Marx ausgehend wurde die Idee der Produktionsschule insbesondere von Blonskij, dem Leiter für Schulpädagogik an der „Akademie für kommunistische Erziehung“, in der UdSSR begründet und zu ei-

nem Konzept in den zwanziger Jahren ausgearbeitet. Dabei fordert Blonskij mit Nachdruck die Verbindung von Schulunterricht und Produktion. Auch in der ehemaligen DDR spielte die Frage in der berufspraktischen Ausbildung von Anfang an eine zentrale Rolle. Mit dem polytechnischen Unterricht, der bereits frühzeitig eine enge Verbindung zur Arbeitswelt schaf-

fen und die Schüler mit der „sozialistischen Produktionsweise“ vertraut machen sollte, glaubte man, einen Ansatz zur Überwindung des Dualismus von Theorie und Praxis in der Berufsausbildung der DDR gefunden zu haben. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR in der nicht erfolgreichen Planwirtschaft des Kommunismus ging denn auch die polytechnische Erziehung mit der Notwendigkeit einer Verbindung von Schulunterricht und produktiver Arbeit ihrem Ende entgegen.

Wenn die Idee der Produktionsschule heute wieder aufersteht und hierzulande zum Teil kopiert wird, so ist dies vor allem einem gewissen Bildungsnotstand geschuldet. Denn immer mehr Jugendlichen fehlt es bei gleichzeitigem Lehrstellenmangel an der notwendigen Ausbildungsreife. So verwundert es nicht, dass nahezu jede Woche eine neue bildungspolitische Idee geboren wird. „Cafe Blonskij“ nennt sich denn auch ein neuartiges Förderprojekt der Hamburger Gewerbeschule in St. Georg. Seit ein paar Wochen bekochen hier Jugendliche an vier Wochentagen erfolgreich 30 Kinder der benachbarten Grundschule. Die Gewerbeschüler versprechen sich mit dieser einjährigen Berufsvorbereitung neben dem Erwerb des Hauptschulabschlusses einen Ausbildungsplatz, obwohl sie vielleicht eher mit besseren Basiskompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch vorankämen. So stößt auch NRW-Arbeitsminister Karl Josef Laumann bei seiner Ausbildungstour derzeit stets auf die Klage der Firmenchefs über die schlechten Leistungen in Rechnen, Schreiben, Lesen und Physik.

Aber zum Erlernen dieser Kompetenzen gehört bei den Schülern weniger die Erkenntnis als die Motivation. Diese ist sicher in Produktionsschulen, mit ihrem etwas anderen Bildungsanspruch einfacher zu haben. Die mit den unter Kerschensteiner geforderten Arbeitsschulen verwandten Produktionsschulen sind seit geraumer Zeit in einigen Bundesländern vereinzelt auf dem Markt. Bereits vor knapp 10 Jahren nahm in Hamburgs Stadtteil Altona eine Produktionsschule als gemeinnützige GmbH ihre Arbeit auf. In Küche, Tischlerei, EDV- und Medienwerkstatt arbeiten Jugendliche im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Produkten, die in Auftrag gegeben wurden oder frei vermarktet werden. Besonders im Behindertensektor gibt es ähnliche Aktivitäten gottlob seit langer Zeit. Jedoch verzichtet die Produktionsschule, wenn sie denn an einer Berufs-

schule angesiedelt wird, weitgehend auf ihren bisherigen dualen Partner aus der Wirtschaft, indem sie ihre „Produktion“ von Dienstleistungen oder Gütern vorwiegend in schulischer Eigenleistung betreibt. So sind zwar die ewigen Spannungen zwischen schulischem Bildungsanspruch und extern betrieblicher Leistungserwartung von heute auf morgen aufgehoben. Dies kann aber dann für das berufsbildende Schulwesen zu einem Pyrrhussieg werden, wenn die Berufsschulen mehr und mehr die Rolle ihres dualen Partners schultern müssen. Das wäre der Abschied vom dualen Berufsbildungssystem auf Raten. Aber schon der Reformpädagoge Seidel hatte diese Gefahr erkannt, die mit der Einführung von Produktions- bzw. Arbeitsschulen verbunden ist: Er vermisse an Kerschensteiners Arbeitsschule den Bezug zur industriellen Arbeit mit ihren ausgeprägten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

Fazit: Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist wohl deshalb weltweit zu einem Markenzeichen geworden, weil sie wie eine gute Ehe funktionierte. Die Partner Schule und Betrieb arbeiteten nach dem Prinzip der Subsidiarität Hand in Hand und es gab stets einen Ausgleich der Interessensgegensätze, da beiden am Ausbau ihrer gemeinsamen Zukunft lag, die sie für überschaubar hielten. Dies ist heute im Zeitalter der Globalisierung und zunehmender Partikularinteressen immer weniger der Fall.

Während die schulische Berufsausbildung vor allem dem seit PISA in die Schlagzeilen geratenen System Bildung und Schule zunehmend regional verpflichtet ist, orientiert sich der Lernort Betrieb unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit doch stärker am Beschäftigungssystem des zusammenwachsenden Europas und der globalisierten Welt. So entwickelt sich die Dualität wohl oder übel zu einem Dualismus. In diesem Spannungsfeld der Lernorte gilt es sich anzustrengen, um gemeinsam mit unseren dualen Partnern aus Industrie, Handel und Handwerk zum Wohle der uns anvertrauten Jugendlichen zu agieren. Nur so kann unser duales Berufsbildungssystem weiter entwickelt werden. Eine für die berufsbildenden Schulen eigens konzipierte und dort angesiedelte Produktionsschule wird mit ihrem internen Bildungsanspruch dies Ansinnen nicht gerade fördern.

Niedersachsen führt Vokation für evangelische Religionslehrer ein

(rb) Hannover. Mit einer Vereinbarung des Landes mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen soll jetzt die kirchliche Bestätigung von Religionslehrkräften, die sogenannte Vokation, eingeführt werden. Damit wird ein Beschluss der Synode vom 17. Juli umgesetzt. In Zukunft müssen somit Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung für evangelische Religion eine Lehrerlaubnis der Kirche nachweisen; sie wird erteilt, wenn die Lehrer u.a. an einer kirchlichen Einführungstagung teilgenommen haben oder an einer kirchlichen Qualifizierungsmaßnahme.

Die auf Wunsch des Kultusministeriums vereinbarte Übergangsregelung sieht vor, dass die Vokation als erteilt gilt für Lehrkräfte, die ihre Lehrbefähigung für evangelische Religion vor dem 1. November 2006 erworben haben oder bis zum 31. Oktober 2006 länger als ein Jahr evangelischen Religionsun-

terrichtet fachfremd erteilt haben. Die Vokation ist in den meisten anderen evangelischen Landeskirchen festgelegt. Die niedersächsischen Kirchen hatten bei den Verhandlungen zum Loccumer Vertrag im Jahr 1955 darauf verzichtet, eine solche Vokationsordnung zu erlassen. Hintergrund für die Meinungs-

änderung ist u.a. die Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master, die der Kirche nicht mehr die Möglichkeit lässt, mithilfe des Prüfungsvorsitzes bei den Examensprüfungen Einfluss auf die Erteilung der Lehrbefähigung zu nehmen. Die Konföderation erwartet von der Einführung der kirchlichen Bestätigung von Religionslehrkräften zudem eine qualitative Verbesserung des schulischen Religionsunterrichts. Im Unterschied zu einem Religionskundeunterricht soll hier eine „gelebte Glaubens- und Frömmigkeitspraxis den Unterricht mitprägen“, heißt es. Dafür sei eine enge Zusammenarbeit von Lehrkräften und Kirche notwendig. Die Kirche übernimmt damit ein hohes Maß an Mitverantwortung für den Religionsunterricht. Sie entscheidet über Erteilung und gege-

benenfalls auch Entzug der Vokation. Dabei handelt es sich um einen kirchlichen Rechtsakt im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Kirchen. Sie können sich dabei auf das Grundgesetz (Artikel 7 Abs.3) berufen, wonach der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Mit der Bindung an die Grundsätze soll die konfessionelle Positivität des Religionsunterrichts gesichert werden, u.a. durch die Konfessionszugehörigkeit der Lehrkräfte. Das Land darf keine Personen mit der Erteilung von schulischem konfessionellen Religionsunterricht betrauen, deren Eignung von der betroffenen Religionsgemeinschaft nicht oder nicht mehr anerkannt wird.

(Aus: Rundblick Nr. 139 vom 25.08.06)

Schulentwicklungspläne

(rb) Kultusminister Bernd Busemann hat, wie bereits angekündigt, die kommunalen Schulträger für die kommenden zwei Jahre von der Verpflichtung entbunden, die Schulentwicklungspläne fortzuschreiben.

Die starre Regelung, nach der die Schulträger alle zwei Jahre eine aktualisierte Schulentwicklungsplanung vorzulegen hatten, habe sich in der Praxis nicht bewährt, sagte Busemann am Mittwoch in Hannover. Über die Regelungen zur Errichtung, Aufhebung und Organisation von öffentlichen Schulen im Niedersächsischen Schulgesetz habe das Land ohnehin die

Möglichkeit, auf die Schulentwicklungsplanung Einfluss zu nehmen. Busemann will jetzt prüfen, ob generell auf die verpflichtende Vorlage fortgeschriebener Planungen verzichtet werden kann.

(Aus: Rundblick Nr. 141 vom 27.07.06)

Aus den Bezirksverbänden

BVN - Informationsveranstaltung zum Thema „Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch in Schulen“

Der BVN-Bezirksverband Weser Ems hatte zu einem Forum mit dem Thema „MVG in Schulen“ geladen, um die aktuelle Problematik zu erörtern. In seinen Eröffnungsworten erinnert der diesjährige Sprecher des BVN-Bezirksverbandes, Manfred Diekmann, an die kontroversen Diskussionen in den Kollegien der Berufsbildenden Schulen, die zum Teil durch die EFQM-Analyse ausgelöst wurden.



Akteure (v.r.): MR Manfred Eickmann, Schulleiter Dr. Georg Pancrats, Stv. Schulleiterin Margret Frerichs Foto: privat

Herr Diekmann begrüßte den MR Manfred Eickmann aus dem Nds. Kultusministerium, die Schulleitung der BBS Friesoythe, Herrn Dr. Georg Pancratz und Frau Margret Frerichs sowie die zahlreich erschienen Kolleginnen und Kollegen. Die rechtliche Seite des Kultusministerium zum Führungsinstrument „MVG“ wurde in einem Impulsreferat von Herrn Eickmann dargestellt, während Dr. Pancratz und Frerichs die schulische Sicht deutlich machten. An der BBS Friesoythe werden seit ca. fünf Jahren regelmäßig und systematisch Mitarbeitergespräche durchgeführt. Der Vertreter des Kultusministeriums betonte, dass es keine rechtlichen Vorgaben bezüglich Durchführung und Handhabung zum MVG durch das Kultusministerium gibt und auch in Zukunft nicht geben wird. Das Mitarbeitergespräch kann ein nützliches Instrument sein, das dazu beiträgt, die Personalentwicklungsziele einer Schule zu erreichen, die wiederum zuvor im Zielssystem der jeweiligen Schule definiert wurden. Es ist nur dann sinnvoll, wenn es in die EFQM- und Personalentwicklungsprozesse integriert ist, die im

Rahmen der Schulentwicklung stattfinden. Die Durchführung der Mitarbeitergespräche in einer Schule sollte sorgfältig geplant nach zuvor aufgestellten Regeln erfolgen.

Die zahlreichen Fragen und Anmerkungen aus dem fachkundigen Publikum ließen erkennen, dass ein erheblicher Arbeits- und Qualifizierungsaufwand betrieben werden muss, bevor dieses Instrument von den Schulleiterinnen und Schulleitern im Rahmen der Schulentwicklung zur Anwendung gebracht werden kann, damit Ängste und Widerstände abgebaut werden. Dieses Thema machte deutlich, und das zeigte auch das große Interesse der ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Schule sich noch bewegt und viele an einer systematischen Schulentwicklung mitarbeiten wollen.

Aurich, September 2006
Peter Weers



Großes Thema „MVG in Schulen“

Foto: privat

Eigenverantwortliche Schule Chancen nutzen, Risiken beherrschen

BLBS - Bildungsforen in Wolfsburg und Oldenburg, Dezember 2006

Liebe Freunde,

die PISA- Befunde und jene anderer Untersuchungen zeigen, dass das deutsche Bildungssystem nicht zu den erwünschten Ergebnissen führt. Woran liegt dies?

- *Haben die Lehrkräfte damit zu tun, die in Zeiten knapper Kassen die Mühsal der Bildung mit dem ganzen Drum und Dran schultern müssen?*
- *Sind es die Jugendlichen, denen seit Jahrzehnten eine mangelnde Ausbildungsreife vorgehalten wird?*
- *Fehlt den Schulen oft der enge Kontakt zur Wirtschaft - und umgekehrt?*

Was ist zu tun? Derzeit richten sich im Rahmen des Ziels der Qualitätssicherung und –verbesserung von Schule und Unterricht die Hoffnungen auf die „eigenverantwortliche Schule“. Die Verankerung von Bildungsstandards und Kerncurricula vor Ort in Schulprogrammen und in vom Lehrerkollegium entwickelten Lehrplänen soll einhergehen mit der Verwirklichung von Budget- und Personalhoheit einer jeden Schule. Was bedeutet dies für die Schulen, welche Ansätze gibt es bereits in anderen Bundesländern und wie kann die Wirtschaft zu diesem Veränderungsprozess beitragen?

Die Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern und die niedersächsische

Berufsbildung aktuell im Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen greifen diese Fragen auf und laden zu einem Meinungstausch hierzu ein. Nach Impulsreferaten von Experten aus der Wirtschaft und dem Niedersächsischen Kultusministerium möchten wir diese und weitere Fragen mit Ihnen erörtern.

Freuen Sie sich auf:

**Dr. Uwe Christiansen, Geschäftsführer
AG Bildung & Medien norddeutscher Industrie- und
Handelskammern, Hamburg**

**RA Jörg E. Feuchthofen, Geschäftsführer
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände,
Frankfurt**

**MR Gerhard Lange,
Stv. Abteilungsleiter Berufliche Bildung,
Niedersächsisches Kultusministerium, Hannover**

Termine, jeweils 15.30 – 18.00 Uhr:

Dienstag, 12. Dezember, Parkhotel Wolfsburg

Mittwoch, 13. Dezember, Oldenburger Yachtclub

Kurt Kunze, Gerda Neumeister

BLBS

Werden Sie Mitglied.

Sommerfest des Bezirksverbandes Ostfriesland

Das 14. traditionelle Sommerfest des BLBS – Bezirksverbandes Ostfriesland fand bei herrlichem Spätsommerwetter in der Gartenanlage der Traditionsstätte „Alter Fahensterkrug“ statt. Der Bezirksvorsitzende Peter Weers begrüßte nicht nur die zahlreich erschienenen Verbandskolleginnen und – kollegen, sondern auch Freunde und Gönner des Verbandes.



Gute Laune im Fahensterkrug

Foto: privat

Ein besonderer Willkommensgruß galt dem stellv. Landesvorsitzenden Bernd Terhorst sowie dem Vorsitzenden Andreas Pohl vom benachbarten Bezirksverband Osnabrück. Der Hausherr, Harm Harms, sowie der stellv. Bezirksvorsitzende Klaus Engelbrecht hatten wieder mit vielen Helfern schmackhafte Grillköstlichkeiten zubereitet und ein exzellentes Salatbuffet angerichtet.

Inspiziert durch das Ambiente der Gartenanlage wurde die Möglichkeit genutzt, mit Kolleginnen und Kollegen aus den fünf ostfriesischen Berufsschulen intensive Gespräche zu führen, aber auch das gegenseitige Kennenlernen der jungen Verbandsmitglieder und Freunde stand ebenfalls im Mittelpunkt des langen Abends.

Resümee: Es war wieder eine gelungene Veranstaltung!

Peter Weers

Aus der Wirtschaft

Ideen-Expo vielleicht schon 2007

(rb) Hannover. Nach dem Vorbild des von der Thyssen Krupp AG im Zwei-Jahres-Rhythmus veranstalteten Ideenparks 2006 „Zukunft Technik entdecken“ möchte das Land möglichst schon im kommenden Jahr eine Ideen-Expo „Technik zum Anfassen“ ins Leben rufen, die ebenfalls alle zwei Jahre in Hannover stattfinden soll. Im Haushalt 2007 wird dafür eine Million Euro bereitgestellt.

Die Finanzierung soll allerdings weitestgehend durch Sponsoren aus den niedersächsischen Unternehmen sichergestellt werden. Als erster und bislang einziger Partner hat der Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall beschlossen, ebenfalls eine Million Euro für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

Man hält aber dort den Plan für sehr ambitioniert, bereits 2007 eine solche Veranstaltung auf die Beine zu stellen, bevor geklärt ist, inwieweit die Unternehmen dabei mitziehen. Das Kabinett hat deshalb vor allem die beteiligten Ressorts – das federführende Wissenschaftsministerium, das Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Kultusministerium sowie die Staatskanzlei – aufgefordert, geeignete Sponsoren für die erforderliche Finanzierung der Ideen-Expo zu suchen.

Aus den beteiligten Ressorts soll eine projektbegleitende Ar-

beitsgruppe gebildet werden. Eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung und Organisation soll das Innovationszentrum Niedersachsen spielen, das gemeinsam mit den Ministerien ein Rohkonzept für das Projekt erarbeitet hat.

Demnach sollen wie beim Ideenpark von Thyssen-Krupp junge Menschen spielerisch an Technikthemen herangeführt werden, allerdings soll die Ideen-Expo niedersächsischer gestaltet sein, d.h. vor allem niedersächsische Unternehmen und Institutionen eingebunden werden. Mitwirken sollen Schulen und Schüler, Hochschulen und Studierende; angesprochen werden sollen vor allem Familien aus Niedersachsen und den angrenzenden Bundesländern. Als inhaltliche Schwerpunkte hat man an die Felder Mobilität, Ernährung oder Gesundheit gedacht.

(Aus: Rundblick Nr. 137 vom 21.08.06)

Der Konsolidierungsdruck im öffentlichen Haushalt, die Bürger und die Bildung

Von Friedrich Susewind

Berlin (fsu) Nun ist es so sicher wie das „Amen“ in der Kirche. Die höhere Mehrwertsteuer kommt und das Vertrauen vieler Bürger in den Staat geht. Geht dahin – vor allem bei den Geringverdienern, den zigtausend Jugendlichen ohne Arbeit und sonstigen Gebeutelten, die heute jeden Cent herumdrehen müssen. Eine MwSt - Erhöhung auf 18% hatte die CDU vor der Wahl angekündigt. Noch im Wahlkampf wettete die SPD auf´s Schärfste gegen diese „Merkel -Steuer“ und lehnte eine Erhöhung der MwSt ab.

Kaum waren die ungleichen Brüder und Schwestern gewählt und in der Regierungskoalition an der Macht, schon war die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% auf dem Kabinetttisch und noch vor der Sommerpause beschlossene Sache. Abgenickt und zülig durchgewunken. Viele Bürger fühlen sich betrogen und sie werden es auch bald im Portemonnaie merken; das tut weh. Aber schon bei Aristoteles heißt es: „In der Regel tun die Menschen einander Unrecht, wann immer sie die Macht dazu erhalten.“ Dabei wissen es inzwischen alle: Die zarten Pflänzchen „Konsumklima - Index“ und „Arbeitsplätze durch Wirtschaftswachstum“ werden durch den Anstieg der Mehrwertsteuer um 20% ab 2007 eher abgemurkst. Gleichwohl erhofft sich der Staat durch diese größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik ein wie auch immer profitables Geschäft.

Dabei hatte der Bundesfinanzminister noch Ende April über ein vernünftiges Konsolidierungskonzept öffentlich nachgedacht. Steinbrück: „Wer für die vergangenen Jahre die staatlichen Ausgaben und ihre Wirkungen in ein Verhältnis setzt, wird zu einem nüchternen Fazit kommen: Wir haben einen viel zu hohen Preis für viel zu geringe Wirkungen gezahlt.“ **Im Klartext heißt das: „Der Staat nimmt nicht zu wenig ein“, sondern „er gibt das Geld falsch aus“, wie es jetzt Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler, auf den Punkt brachte.**

So entwickelt sich auch Harz IV immer mehr zu einem Milliardengrab, ohne dass der Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht würde. Ferner stößt sauer auf, wie viele Milliarden Euro die staatlich verordnete und verunglückte Rechtschreibreform bisher verschlungen hat. Im Blick auf die mit der Reformruine produzierte Verunsicherung der Schriftsprache sagte der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, Michael Konken, im Gespräch mit dieser Zeitung: „Da werden wir wohl noch jahrelang mit Problemen leben müssen, die wir vorher nicht hatten.“

Was ist zu tun? Unter dem Konsolidierungsdruck müsste der Staat sich in vielen Bereichen zurücknehmen, die Ausgaben kürzen sowie seinen Institutionen und den Bürgern mehr Eigenverantwortung übertragen. Aber stattdessen sucht er nach immer mehr Besteuerungsmöglichkeiten und zusätzlichen Einnahmequellen, damit er die unzähligen sozialen und wirtschaftlichen Funktionen, die er im Laufe der Zeit an sich gezogen hat, stemmen kann. Von einem Steuerexperten erfuhr der

Chronist jetzt, dass es allein im vergangenen Jahr über 400 Neuerungen im Steuerrecht gegeben habe. Als ob die staatliche Regelungsdichte und der Dschungel in der Steuergesetzgebung hierzulande nicht schon groß genug seien. Dass die Steuererklärung des Bürgers auf einen Bierdeckel zu passen habe, das hatte RA Friedrich Merz, CDU - Steuerexperte und MdB aus dem Sauerland, bereits vor einigen Jahren gefordert.

Diesen Sauerländer Bierdeckel haben viele Politiker in Berlin heute immer noch vor Augen, und zwar nicht nur an ihren Stammtischen. Aber die Vereinfachung des Steuerrechts und das Sparen packen sie nicht konsequent genug an, da sie sich davor scheuen, Prioritäten zu nennen. Wem wollen sie die Subventionen wegnehmen und wer darf sie behalten? Schließlich wollen sie keinem wehtun und auch wieder gewählt werden. Und so nehmen sie von allem ein bisschen, leben von der Hand in den Mund und das Motto gilt: Linke Tasche, rechte Tasche. Damit ist der Patient jedoch nicht zu heilen. **Das einzig Wahre wäre eine Reform zur Neudefinition staatlicher Aufgaben und eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte.** Dies bedeutet, dass große Bereiche, die heute unter staatlicher Regie stehen und sich über die Jahre hinweg üppig aufgebläht haben, reprivatisiert werden müssten. Dies ist jedoch leichter gesagt als getan, denn schließlich müsste die heilige Kuh eines falsch verstandenen Sozialstaatsprinzips zur Schlachtbank geführt werden. Darauf wird man sich kaum verständigen können. Glauben doch mittlerweile nicht wenige Bürger hierzulande ernsthaft, all das sei „sozial“, was man umsonst bekäme.

Aber auch in bildungspolitischer Hinsicht haben der Staat und seine öffentlichen Schulen großen Handlungsbedarf, denn ein leistungsfähiges Bildungswesen ist das A und O. Im Blick auf die mit der Föderalismusreform gewonnenen neuen Freiheiten böte sich jetzt die Chance, dass die überschuldeten Länder neue Wege mit der Wirtschaft im Bildungssektor beschreiten, anstatt ihr Geld nach alter Manier in die Bildung hineinzupumpen. Dabei ist unverkennbar, dass viele Unternehmen - unter ihnen auch private Anbieter von Bildung - heute längst im großen Stil in die Aus-, Fort- und Weiterbildung investieren und diese im Rahmen ihrer anderen Möglichkeiten jenseits ausgetretener Pfade erfolgreich gestalten. Denn die Betriebe wissen nur allzu gut: Sie brauchen bestmöglich geschulte Mitarbeiter - und nur diese bringen den Laden kontinuierlich

voran.

Abschließend drei Beispiele für eine erfolgreiche Verbindung von Wirtschaft und Berufsbildung:

Die Private Fachhochschule Göttingen lobte jetzt gleich mehrere Stipendien für ein Fernstudium zum Diplom-Betriebswirt (FH) aus. Unter den Auserwählten war ein „Fachmann für Systemgastronomie“, der zuvor seine Lehrabschlussprüfung bei McDonald´s in Oldenburg als einer der drei Punktbesten in diesem Ausbildungsberuf bestanden hatte. Von seinem Franchising – Nehmer erhält er nun Vorfahrt für das Studium. Er wird drei Jahre lang neben seinem Job die Betriebswirtschaftslehre büffeln und dazu am Monatsende seinen Arbeitslohn auf dem Konto haben, ohne die üblichen 10 000 Euro Gebühren für das Studium zahlen zu müssen.

Über seine Düsseldorfer Stiftung „Buddy e.V.“ kümmert sich der Mobilfunkanbieter Vodafone seit einiger Zeit um die soziale Handlungskompetenz und die „Soft skills“ der Heranwachsenden. Schließlich rekrutiert sich aus diesem Klientel ein Großteil seiner Kundschaft. Wir berichteten in unserer Februar/März – Ausgabe 2006. Niedersachsen ist nun das erste Bundesland, in dem ein Buddy-Projekt als offizielles Schulprogramm installiert werden soll. Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann erklärte, sein Land zeige damit, dass es bestehende Defizite in der Schule erkannt habe und sowohl Schülerinnen und Schülern als auch den Lehrkräften jede mögliche Unterstützung biete.

„Wer viel hat, muss auch viel geben“, sagt der Essener Arzt und bekennende Christ Heinz-Horst Deichmann. Und so bekommt Europas größter Schuh-Einzelhändler Jahr für Jahr über den „Deichmann Förderpreis“ unter anderem Städte, Institu-

tionen und öffentliche Einrichtungen, die benachteiligten Jugendlichen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt geben. Jugendliche aus ungünstigen Verhältnissen mit ihren innewohnenden Stärken, ihrem impliziten Wissen anzunehmen, jene aufzubauen, die andere ablehnen, das ist das Ziel aller von Deichmann preisgekrönten Projekte in der beruflichen Bildung.

Erkenntnis: Unter dem Eindruck der anhaltenden Arbeitslosigkeit im Wissenszeitalter und enormer Steuererhöhungen auf der anderen Seite wird man dem staatlichen Strukturdirigismus, der als Moloch die marktwirtschaftlichen Kräfte wie unternehmerische Disposition, Mobilität, Arbeit, Kapital und Bildung heute oft eher lähmt, fehlerhaft oder unter Umständen ganz außer Kraft setzt, bald nicht mehr sehr viel zutrauen. Und so werden diese staatlichen Lenkungsinstrumente in ihrer Üppigkeit abnehmen und auf das zurückgehen müssen, was sie im öffentlichen Haushalt bedeuten: Flankierende Förderungen als subsidiäre Hilfe zur Selbsthilfe - hin zu mehr marktwirtschaftlicher Orientierung.

Dabei wird vor dem Hintergrund knapper Staatsfinanzen die Bereitschaft von Unternehmen und Privatpersonen wachsen, Netzwerke zu gründen und sich für die Bürger und mit ihnen in Bildungsfragen gemeinsam über staatlichen Stellen und Institutionen wie Kindergärten und Schulen erfolgreich zu engagieren. So werden öffentlich private Partner- und Patenschaften, Stiftungen und Sponsoringvereinbarungen zunehmen und mögliche Vorbehalte gegen derartige Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich auch bei vielen Pädagogen eher abnehmen.

Interview

„Oft reicht's nur noch für Mickey Mouse“

Leseschwäche von Schülern gefährdet Ausbildungsreife

Hamburg (fsu) Lesekompetenz ist Grundbedingung dafür, mit einer wachsenden Informations- und Nachrichtenflut umzugehen. Sie ist die zentrale Schlüsselqualifikation. Sie ist vor allem Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung. Gerade hier jedoch weisen sämtliche Pisa-Studien in Sachen Schüler-Lesekompetenz darauf hin, dass deutsche Schülerinnen und Schüler im Vergleich mit ihren Konkurrenten in Europa beträchtliche Defizite aufweisen.

Berufsbildung aktuell befragte Dr. Uwe Christiansen, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern nach Stichworten und Hintergründen einer aktuell werdenden Diskussion.

Sie schlagen mit Ihrer Arbeitsgemeinschaft Alarm? Können deutsche Schüler nicht mehr lesen?

Noch ist es nicht ganz so schlimm. Aber wenn die Pisa-Studien Recht haben, dann müssen wir uns große Sorgen um die Lesefähigkeit unserer künftigen Auszubildenden machen. Lesekompetenz ist in der Pisa-Definition viel mehr als nur die Technik des Lesens. Lesekompetenz im Arbeitsleben ist die Fähigkeit, Texte zu verstehen, aus ihnen Informationen und Sinnzusammenhänge zu erschließen, diese unmittelbar zu nut-

zen, aber auch neue Kenntnisse zu speichern, um sie auf spätere Situationen und neue berufliche Herausforderungen anzuwenden. Und hier sehen die Pisa-Forscher Düsternis.

Was sind die Kernaussagen der Pisa-Studien zur Lesefähigkeit deutscher Schüler?

Rund 23 Prozent von ihnen werden im Hinblick auf ihre Lesefähigkeit als „potentielle Risikogruppe für künftiges selbständiges Lernen“ eingestuft. Übersetzt heißt dies: sie können nur einfache Texte mit einem deutlichen Hauptgedanken lesen und verstehen. Erklären können sie solche Texte schon nicht mehr. Dieser Prozentsatz, der höher liegt als in den anderen Pisa-Ländern, ist erschreckend. Und eben dieser Prozentsatz entspricht in etwa der Quote derjenigen Schulabsolventen,

die derzeit jährlich unsere Schulen ohne Abschluß verlassen. Hier wächst für unsere Unternehmen – noch weitgehend unbeachtet von einer breiteren Öffentlichkeit – eine brisante Problemgruppe heran. Deshalb schlagen wir Alarm.

Wie bewerten die Ausbildungsbetriebe dieses Pisa- Ergebnis?

Ihre Sorge wächst, und zwar rasch. Die Ausbilder registrieren bei den Bewerbern für eine Erstausbildung ja schon seit längerem ein abnehmendes Lese- und Sprachvermögen. Nur: jetzt nimmt das Tempo der Talfahrt zu. Zusätzlich macht die reduzierte Ausdruckfähigkeit der jungen Leute besorgt. Ein „Ey, du, wat“ ist sicherlich zu wenig, um Kunden zu binden.

Macht die Schule etwas falsch?

Schule ist nicht der Auslöser. Wenn Lehrer das Sprach- und Lesedefizit beschreiben, hört man von diesen heute häufig:

„Oft reicht's nur noch für Mickey Mouse“. Defizite in der Lese- und damit auch in der Sprachkompetenz entstehen ja in der Regel bereits vorher. Eine pauschale Schul-Schelte wird deshalb auch von den ausbildenden Unternehmen richtigerweise nicht betrieben, übrigens auch nicht eine Lehrerschelte.

Die Ausbilder sehen durchaus den Grund für diese Entwicklung. Print-Medien nutzen immer mehr die Visualisierung, um die Aufmerksamkeit ihres Publikums zu gewinnen. Immer mehr Lebensbereiche unterliegen der Visualisierung als Vereinfachung „auf den ersten Blick“. Dies kommt insbesondere unseren jungen Menschen enorm entgegen. Sie gehen virtuos mit Bildern und Graphiken um. Sie sind dann jedoch mit ihrer verbalen Kommunikation schlichtweg überfordert. In meiner Wahrnehmung geben die Lehrpläne mittlerweile zu wenig Raum für die Basisfunktionen Lesen und Sprechen. Die daraus entstehenden Probleme, unter denen ebenso die beruflichen Schulen und der Hochschulsektor leiden, erreichen jetzt immer rascher die Ausbildungsbetriebe.

Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)

Jedes zweite der insgesamt 7500 befragten Unternehmen klagt vor allem darüber, dass die Jugendlichen sich weder schriftlich noch mündlich ausdrücken können.

Ausbildungsreife Immer öfter „Nachrüstung“ in der Firma

Allein die Metall- und Elektroindustrie gab 2004 etwa 470 Millionen Euro aus, um schulische Defizite wettzumachen. So

- **die Firma Gustav Wiegand Witten:** Azubis kommen zunächst in ein Ausbildungszentrum, da große Defizite bei den Tugenden Höflichkeit und Disziplin sowie in Mathe und Deutsch festgestellt werden.
- **die Liebherr-Verzahntechnik:** Azubis erhalten im Unternehmen regelmäßig Zusatzunterricht, vor allem in den Grundrechnungsarten.
- **der Autozulieferer Mürther Mutlagen:** Die Schwaben greift auf Pädagogen zurück, die den Azubis Nachhilfe in den Basisfunktionen geben.

Schüler begreifen, dass sie sich anstrengen müssen

BMW Group: Hochmotivierte Hauptschüler haben bei dem Münchener Autobauer gute Chancen. Sie bekamen immerhin jeden vierten der jährlich rund 1200 bundesweit zu besetzenden Plätze in den Metall- und Elektroberufen.

(fsu)

Was bedeutet dies für die Unternehmen, vor allem für die Ausbildung?

Ich fürchte, nichts Gutes. Woher auch? 42 Prozent der durch Pisa befragten Schüler geben an, dass sie nur ungern lesen. Hier wurden 15-Jährige befragt. Diese sind in ihrem Medien-nutzungsverhalten bereits fest verankert. Die Medien selber stellen sich auf die Visualisierung – Graphiken, Tabellen, Bilder – immer mehr ein. Sie wissen: da wächst eine Generation von jungen Leuten heran, deren Lese- und Sprachvermögen – gemessen an bisherigen Standards – eher eingeschränkt sein wird. Die demographische Entwicklung wird dieses Problem leider noch vergrößern. Wenn zu dem **mengenmäßig** schrumpfenden Markt künftiger Auszubildender nun auch deren Lese- und Sprachdefizit hinzutritt, dann stehen unsere Unternehmen vor einer wirklich ernstesten Herausforderung.

Wie kann die betriebliche Ausbildung auf diese Situation reagieren?

Aus meiner Einschätzung ist es ausgeschlossen, dass die Ausbildungsbetriebe nun auch noch „Nachrüstung“ beim Sprechen und beim Lesen betreiben. Ihr Aufwand in der Erstausbildung ist in den vergangenen Jahren ohnehin bereits stark gestiegen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich viele von ihnen dort, wo es ihnen möglich ist, um eine individuelle Förderung ihrer Auszubildenden bemühen. Nun auch noch Leseförderung? Damit wären alle überfordert, ganz besonders die mittelständische Wirtschaft. Nein, wir werden auch weiterhin zunächst auf das angewiesen sein, was uns das Bildungssystem in seiner Gesamtheit zuliefert. Hier ist in erster Linie anzusetzen. Die Verantwortung der Bildungspolitik – und die der Eltern – bleibt ungeteilt.

Sehen Sie angesichts dieser Ausgangslage mittelfristig positive Perspektive für die Ausbildung?

Ich sehe zahlreiche. Junge Menschen navigieren durch unsere elektronisch aufgerüstete Informationsgesellschaft mit größter Virtuosität. Sie vernetzen ihre IT-Systeme und sind damit omnipräsent. Sie nutzen die technischen Möglichkeiten zudem mit einer Geschwindigkeit, die uns Älteren fremd ist – und vielleicht auch wenig geheuer. In meiner Wahrnehmung nimmt die Zahl der Ausbildungsbetriebe rasch zu, die für ihre Erstausbildung eben dieses Technikverständnis und diese Technikfreude engagiert nutzen. Auch die Neigung der



Dr. Uwe Christiansen, Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Industrie- und Handelskammern (Hamburg)

Foto: privat

jungen Leute, mit Hilfe von Bildern und „Kurztexten“ zu kommunizieren, wird offensiv in der Ausbildung aufgegriffen – bei aller gebotenen Zurückhaltung natürlich. Zahlreiche Handlungsanweisungen und Lehrmaterialien greifen diesen Weg mit Erfolg auf. Unternehmen, die diesen Aufwand nicht leisten können oder wollen, werden gewiss erhebliche Probleme mit dem Nachwuchs bekommen. Der Wettbewerb um die knapper werdenden Nachwuchskräfte wird hier vieles regeln.

Herr Dr. Christiansen, ich danke Ihnen.

Das Gespräch führte Friedrich Susewind.

English for technical schools



Engineering Report

Fachzeitschrift für Technisches Englisch. Wertvolle Originalartikel mit Erläuterungen in deutscher Sprache und phonetischer Schrift IPA. Eine geeignete Ergänzung für den Unterricht an Technik-Schulen und zur Orientierung über Neuheiten.

Sehr geehrte Leserin - Sehr geehrter Leser

Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht einfach ist, anspruchsvolle Texte als Ergänzung des Englisch-Unterrichts zu finden. So behilft man sich oft mit dem Ausschnitt aus einem englischsprachigen Journal oder aus einer Zeitung. An dieser Stelle schließen wir mit unserer zweimonatlichen Zeitschrift eine Lücke. Hier finden Sie Artikel von Niveau, die instruktiv und unterhaltsam sind.

Es überwiegen Themen aus der Technik über Neuheiten und Neuigkeiten; doch auch über Allgemeines aus dem Berufsleben wird berichtet. Das Jahresabonnement (6 Ausgaben) kostet **Euro 30.-** (nur für Schulen), sonst Euro 39.-. Bestellung einfach per **FAX 0041.56.282 23 82** Sie können gern ein Probeexemplar anfordern.

Wir wünschen, dass auch Ihnen Engineering Report beim Englisch-Unterricht von Nutzen sein wird.

Mit freundlichem Gruss
Engineering Report

Georg Möllerke
Rebbergstrasse 2B
CH-5416 Kirchdorf
www.moellerke.ch

In eigener Sache

Beendigung der Mitgliedschaft im BRH

Austritt aus dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Rahmen von Umstrukturierungen innerhalb der Verbandsarbeit

Im Rahmen notwendiger Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Arbeit des BLBS-Landesverbandes hat sich der Landessvorstand in Beratung mit dem Hauptvorstand und dem Referenten für Ruhestandsbeamten zu einer weiteren einschneidenden Maßnahme entschlossen und ist aus dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH) ausgetreten. Grundlage dazu ist ein HV-Beschluss vom Juli dieses Jahres. Wirksam wird der Austritt wegen der Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zum Ende des Jahres 2006. Hintergrund dieser Umstrukturierungen sind notwendige Kostensenkungen in allen Bereichen aufgrund der Kostenentwicklung bei stagnierenden Einnahmen. Neben einer Analyse unserer Ausgaben und Einnahmen erfolgt zudem der Abgleich von Leistungen unserer Dachverbände.

Vorausgegangen sind seit ca. zwei Jahren Überlegungen im Landesvorstand sowie anschließende Gespräche mit der Leitung des BRH und des DBB-Land sowie unseres Landesreferenten für die Pensionäre, Herrn Peter Bahr, um sicherzustellen, dass die Belange unserer Ruheständler gewahrt bleiben. Dabei hat sich herausgestellt, dass nahezu alle Leistungen des BRH durch die Mitgliedschaft aller Mitglieder unseres Verbandes im DBB abgedeckt sind. Wenn man im Weiteren bedenkt, dass der Beitrag für die BRH-Mitgliedschaft unserer Pensionäre mehr kostet als der DBB-Landesbeitrag für alle Mitglieder, erscheint dieser Entschluss sicherlich gerechtfertigt (BRH-Beitrag ca. 1.000,00 Euro/Monat, ergibt ca. 12.000,00 Euro im Jahr).

Wenn wir von nahezu allen Leistungen sprechen, die erhalten bleiben, dann darf auch nicht verschwiegen werden, dass als Konsequenz die Zeitschrift der Ruheständler „Aktiv im Ru-

hestand“ nicht mehr zu unseren Pensionären kommen wird. Das werden wir durch eine Rubrik in unserer regelmäßig erscheinenden Verbandszeitschrift „Berufsbildung Aktuell“ kompensieren, in der wir auf alle relevanten Informationen für unsere Ruheständler eingehen werden. Dieses wird in enger Zusammenarbeit mit unserem Referenten Peter Bahr erfolgen. Eilige Informationen sollen die Pensionäre direkt über die Ortsverbände erreichen. Zudem wird unsere Homepage aktuelle Beiträge für die Ruheständler liefern. Verantwortlich für die Informationsbearbeitung und Informationsweiterleitung im Landesvorstand ist der stellvertretende Landesvorsitzende Lutz Hempfing. Weitere Regelungen für einen schnellen und reibungslosen Informationsfluss werden derzeit auf LV- und BV-Ebene erarbeitet.

Der durch den BRH gewährte Versicherungsschutz ist über den DBB ohnehin abgedeckt und wurde praktisch doppelt gewährt. Der Rechtsschutz ist durch das DBB-Dienstleistungszentrum abgedeckt, dessen Arbeit von uns als sehr wirkungsvoll beurteilt wird.

Wir haben es schon in anderen Bereichen geschafft, durch gezieltes Handeln finanzielle Freiräume für Verbandsarbeit zu schaffen und wir werden diesen Weg konsequent weiter verfolgen im Vertrauen auf Verständnis bei unseren Kolleginnen und Kollegen, für die wir uns mit ganzer Kraft einsetzen.

Dem Landeshauptvorstand ist dieser Schritt nicht leicht gefallen. Er war geprägt von einem Kosten-Nutzen-Denken zur notwendigen Sicherstellung engagierter Verbandsarbeit in Zeiten knapper werdender Finanzmittel.

Norbert Boese
Landesschatzmeister

Wir informieren

Praktikum in den Zürcher Berufseinstiegsklassen (BEK)

Berufsbildung aktuell. (fsu) Zur BEK, die seit 10 Jahren in Zürich erfolgreich auf dem Markt ist, erreicht uns aus der Berufswahlschule der Stadt Zürich folgender Hinweis:

Die Bedenken des Herrn Voigtländer richten sich gegen eine weitere Warteschleife. Die Bedenken sind berechtigt, wenn eine BEK ihre schwächeren Schulabgehenden gleichzeitig mit den übrigen Schulabgehenden auf den Lehrstellen/Arbeitsmarkt entlässt. Wir vermeiden diesen, für Schwächere selektionierenden „Flaschenhals“, dadurch, dass wir Schülerinnen und Schüler ihr Praktikum dann beginnen lassen wenn sie es gefunden haben und darin solange verbleiben, bis sie entwe-

der eine Festanstellung bekommen oder in ein Angebot der Berufsbildung übertreten können. Ein Praktikum dauert zwei Monate bis zwei Jahre, im langjährigen Durchschnitt aber weniger als 12 Monate und wird mit einem bis zwei Schultagen pro Woche begleitet. Dieses azyklische Element ist der Erfolg der Zürcher BEK.

Mit freundlichen Grüßen
Mario Flury und Annelis Krähenbühl, BEK Zürich

Der neue DUDEN und die „Lecktüre“ im Internet

Amtliches Reformwerk an allen Schulen ab sofort verbindliche Grundlage

Bonn (fsu) Vielleicht wäre es vernünftiger gewesen, an unserer gewachsenen und vitalen Schriftkultur amtlich nicht zu rütteln, denn die Konflikte waren vorprogrammiert. Solche hat es nun auch nahezu von allen Seiten mit deutscher Gründlichkeit über ein Jahrzehnt lang gegeben. Als Resultat liegt jetzt eine überarbeitete Überarbeitung als endgültiges amtliches Regelwerk zur deutschen Sprache vor. Dabei scheint sich inzwischen aber kaum noch einer dafür zu interessieren, wie die Regeln seit neuestem genau aussehen.

Lethargie hat sich verbreitet, denn viel zu lange ging es mit der Reform hin und her sowie einen Schritt voran und zwei zurück. Die ersehnte Übereinkunft wollte sich partout nicht einstellen. Schließlich galt das Prinzip des „Sowohl - als - auch“ und angesichts dieser „Liberalisierung“ schrieb ein jeder ein bisschen so, wie er wollte, kaum einer jedoch richtig. Dies soll nun besser werden, obwohl viele mit dem neuen Beschluss der Kultusministerkonferenz nicht recht glücklich sind. Danach müssen Lehrer ab sofort all das als „falsch“ anstreichen, was bis vor ein paar Tagen in der klassischen Rechtschreibung noch als „richtig“ galt.

So will die unendliche Geschichte um die Reform kein Ende nehmen. Inzwischen schlägt der Deutsche Elternverein e.V. Alarm. Die klassische Rechtschreibung dürfe nicht als „falsch“ bezeichnet und ihr Gebrauch an den Schulen nicht als Fehler gewertet werden, fordern die Eltern in einer Unterschriftenaktion. Verständlich, denn ihnen geht es nicht um die technisch-rationale Frage, wie man mit möglichst wenig Rechtschreibregeln auskommt, sondern vielmehr um tiefe Emotionen, die sich mit der gewachsenen Muttersprache verbinden. Denn welchen Autoritätsverlust gegenüber ihren Kindern müssen Eltern erleiden, die mit dem amtlich verordneten Reformwerk jetzt in ihrem intuitiven Gebrauch der bislang korrekten Schriftsprache verunsichert werden und nun nicht einmal mehr bei Grandschulaufsätzen in der Lage sind, zwischen „richtig“ und „falsch“ zu unterscheiden.

Auch die Forschungsgruppe Deutsche Sprache (FDS) kritisiert das neue Regelwerk, mit dem der vorschnell ausgerufenen Rechtschreibfrieden nicht zu gewinnen sei. Die Empfehlungen der DUDEN-Redaktion trieben die sprachliche Verunsicherung auf die Spitze, so die FDS weiter.

Wie halten es die Printmedien mit der vom Gesetzgeber an den Schulen eingeführten neuen Rechtschreibung?

Noch im August vorletzten Jahres hatte Michael Konken, Bundesvorsitzender des deutschen Journalistenverbandes (DJV), „eine sofortige konzertierte Aktion der deutschen Verlage zur künftigen Rechtschreibung gefordert“, denn es drohe „ein Waterloo der deutschen Sprache“, wenn „die Reform an der Öffentlichkeit vorbei erdacht und umgesetzt werde“. Inzwischen hat der DJV einiges bewegt. Im Gespräch mit dieser Zeitung sagte Michael Konken jetzt, sein Verband habe in der Kultusministerkonferenz (KMK) an der derzeitigen Lösung mitgearbeitet und „stehe dahinter“.

Dagegen wird die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zunächst weiter an der klassischen Rechtschreibung festhalten. Man werde abwarten und die unterschiedlichen Wörterbücher vergleichen, bevor eine Entscheidung gefasst werde, heißt es hier. Während sich einige Blätter wie auch Schulbuchverlage genötigt sehen, einmal mehr von Amts wegen an Bord gehen zu müssen, haben sich nicht wenige Zeitungen - ähnlich wie in der Schweiz - eine eigene Hausschreibung zugelegt, mit der sie sich und ihre Leser jenseits des Reformgetöses über Wasser halten und damit wohl auch gut fahren.

Indessen zeigt ein Blick in den neuen DUDEN: Einfacher ist die Schriftsprache durch die neuen Regeln nicht geworden. Damit hat die Reform ihr eigentliches Ziel verfehlt. Zu wünschen wäre, dass nun statt größerer Einheitlichkeit nicht noch mehr Chaos und Verunsicherung in die Schriftsprache einzieht. So gab der Chronist jetzt das Wort „Lecktüre“ in die Google-Suchmaschine ein. Und siehe da, es gab seitenweise „richtige“ Treffer.

Dieses grammatikalische Chaos unter Zeitgenossen ist nicht neu. Nur konnte es sich früher weniger verbreiten, da die Akteure nicht die Kommunikationsmöglichkeiten hatten, die ihnen heute das Internet bietet. Hinzu kommt, dass „liberale“ Schreibprogramme hier auch gewisse Fehler online mitlernen - oder mit lernen?

Chancen für Migranten

(rb) Benachteiligte jugendliche Migranten sollen von der Arbeitsverwaltung besonders gefördert werden. Noch in diesem Ausbildungsjahr will die Agentur für Arbeit Niedersachsen-Bremen rund 320 jungen Menschen, die sich bereits in früheren Jahren erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht haben und ohne zusätzliche Hilfen kaum eine Chance auf betriebliche Ausbildung haben, eine außerbetriebliche Ausbildung vermitteln.

Die praktische Ausbildung findet in Kooperationsbetrieben statt. Die Betriebe werden bei der fachtheoretischen Unterweisung und mit sozialpädagogischen Begleitmaßnahmen unterstützt. 9,25 Millionen Euro stehen für das Vorhaben bereit. Jugendliche mit einem Migrationshintergrund sind nach Angaben der Arbeitsagentur seit Jahren von der angespannten Situation am

Ausbildungsmarkt besonders stark betroffen. Nur 25 Prozent der ausländischen Jugendlichen absolvierten demnach eine duale Ausbildung gegenüber 59 Prozent ihrer deutschen Altersgenossen. Noch vor zehn Jahren habe die Quote bei 34 Prozent gelegen, heißt es.

(Aus: Rundblick Nr. 156 vom 07.09.06)

Jugendliche Es mangelt nicht nur an Lehrstellen, sondern auch an freien Arrestplätzen

Migranten besonders betroffen

Berlin (fsu) Wenn Jugendliche in Warteschleifen widerwillig die Schulbank drücken, weil sie noch keine Lehrstelle gefunden haben, dann geraten viele von ihnen trotz ihrer Potentiale in die absolute Abwärtsspirale. Einmal dort hineingeraten und labil geworden, ist der Weg zur Straffälligkeit oft nicht mehr sehr weit. Umso erstaunter sind die Delinquenten nach geschehener Straftat, wenn sie hören, dass selbst im Gefängnis kein Platz für sie frei ist und sie auch hier in die Warteschleife müssen. Denn wie aus neuen Erhebungen hervorgeht, fehlt es bundesweit nicht nur an Lehrstellen, sondern auch an Jugendzellen. So warten allein in Nordrhein-Westfalen derzeit 2500 straffällig gewordene Jugendliche bis zu einem Vierteljahr auf eine freie Zelle in einer Jugendarrestanstalt.

Dabei sind sich die Experten im Blick auf den Vollstreckungsaufschub einig: Der Jugendarrest kann sein Ziel nur dann erreichen, wenn der Zeitraum zwischen Tat, Verurteilung und Vollstreckung möglichst kurz ist. Wie es weiter aus Fachkreisen heißt, sei ein schärferes Jugendstrafrecht der falsche Weg zum Abbau der Kriminalität. **Nach Ansicht der Bewährungshelfer habe die Justiz zahlreiche Möglichkeiten, angemessen auf Straftaten Jugendlicher zu reagieren. Es könnten dabei jedoch aus Geldmangel etliche Ressourcen wie Anti-Aggressions-Training und weitere Hilfen nicht genutzt werden.**

So sagte jetzt Hans Jürgen Fink, Deutschlandfunk (DLF), im DLF-Magazin: „Zu den Kernproblemen gehört, dass wir uns ein Bildungssystem leisten, das die Misere erst schafft, unter der die Gesellschaft zunehmend leidet: hunderttausende insbesondere auch junger Migranten ohne Schul- oder Berufsabschluss und damit praktisch ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Daraus erwachsen wiederum gravierende Folgeprobleme: Jugendgewalt und Kriminalität, vor allem aber die Vernachlässigung von professionellen Potentialen – ein Luxus, den sich eine schrumpfende und alternde Gesellschaft nur um den Preis ihres Niedergangs leisten kann.“

Bundestag Abgeordnete erhalten mehr Geld

Berlin (fsu) Wie der Bund der Steuerzahler (BdSt) jetzt mitteilt, haben sich die über 600 Bundestagsabgeordneten jetzt „eine saftige Erhöhung der Mitarbeiterpauschale sowie eine Erhöhung der Fraktionszuschüsse bewilligt“.

So sei die Mitarbeiterpauschale für die Beschäftigung von Mitarbeitern in den Büros der Bundestagsabgeordneten von derzeit knapp über 10 000 Euro mtl. um 3000 Euro gestiegen.

Die Fraktionszuschüsse, die bei knapp über 60 Millionen Euro im Jahr liegen, seien jedoch „nur“ um 10 Prozent erhöht worden, so der BdSt weiter.

So spricht der BdSt wohl zu Recht von der „Neigung der Abgeordneten, mit den von ihnen so vehement geforderten Einsparungen bei allen anderen zu beginnen – nur nicht bei sich selbst“.

Beamte sind die größten Haushaltssanierer

(rb) Hannover. Ministerpräsident Christian Wulff hat anlässlich der Vorstellung der Kabinettsbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2007 insbesondere den Beitrag der Landesbediensteten zur Haushaltssanierung gewürdigt.

Eine deutliche Entlastung des Etats habe zum einen der Stellenabbau bewirkt, der im Haushaltsjahr 2003 noch einen kleinen Sparbetrag von 17 Millionen Euro ausgemacht habe, während er sich in 2007 mit 250 Millionen Euro niederschlagen werde – eine 15-fache Erhöhung, wie Finanzminister Hartmut Möllring bemerkte.

Aber die Beamten selbst hätten auch durch die Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes sowie die Kürzungen bei der Beihilfe große Opfer für den Konsolidierungskurs des Landes gebracht, die jährlich 490 Millionen Euro an Einsparungen ausmachten.

Mit dem Etat 2007 sollen die Beamten nun in Anlehnung an den Tarifvertrag 2007 für die Angestellten des Landes Einmalzahlungen in einer Gesamthöhe von 128,7 Millionen Euro bekommen. Das entspricht zwei Prozent der Gehaltssumme.

Im einzelnen bekommen Beamte und Richter mit dem Dezembergehalt einmalig 860 Euro; in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 erhöht sich der Betrag um die bisher bereits gewährten 420 Euro.

Beamtenanwärter bekommen ab 2007 ebenfalls mit dem Dezembergehalt eine jährliche Sonderzahlung von 250 Euro. Weiter wurde beschlossen, den Versorgungsempfängern im Dezember 2007 eine Sonderzahlung von 614 Euro zu gewähren. Erhalten bleiben soll die so genannte Kinderkomponente von 25,56 Euro für jedes Kind. Wulff kündigte an, dass die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger ab 2008 eine lineare Erhöhung ihrer Bezüge um drei Prozent bekommen sollen. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit schloss er aus.

(Aus: Rundblick Nr. 135 vom 19.08.06)

Gegen das Vergessen

(rb) Landtagspräsident Jürgen Gansäuer und Kultusminister Bernd Busemann haben zum Schuljahresbeginn ein Plakat erstellen lassen, mit dem sie insbesondere junge Menschen für die Schrecken und grauenvollen Konsequenzen des Nationalsozialismus, aber auch für die Gefahren des Rechtsradikalismus unserer Tage sensibilisieren wollen.

Das Poster zeigt neben bedrückenden Szenen aus den verschiedenen Konzentrations- und Vernichtungslagern im Vordergrund die Eingangstore, die die Gefangenen zumeist mit der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“ empfangen. Die Initiatoren hoffen, dass diese „Parolen des Grauens“ ein Ansatzpunkt sind, um mit jungen Menschen über die Hinter-

gründe von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassenwahn ins Gespräch zu kommen. 10 000 Plakate sollen jetzt Schulen, Universitäten, Jugendeinrichtungen, Kirchen, Vereinen und Verbänden sowie den Landtagen der anderen Bundesländer zur Verfügung gestellt werden.

(Aus: Rundblick Nr. 152 vom 01.09.06)

Zu guter Letzt

Bildung ist Vielfalt und kein Selbstzweck

Von Friedrich Susewind

Auf der Tafel an dem ehrwürdigen Gemäuer der kleinen Inselberufsschule im ostfriesischen Borkum steht in großen Lettern geschrieben: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir!“ „Richtig, den überlieferten Spruch kenne ich“, wird der Leser denken, ganz gleich, ob er zum Beispiel nun Azubi, Lehrer, Unternehmer oder gar Politiker ist. Und sogleich hat jeder in Sachen Bildung ein zentrales Anliegen im Kopf, das unterschiedlicher nicht sein kann.

„Wozu brauche ich all dies Wissen? Hauptsache, Gesellenprüfung gut bestehen“, wird der Azubi denken. „Hoffentlich komme ich mit meinem Unterrichtsstoff zügig durch“, ist des Lehrers Wunsch, der vielleicht von der Schulinspektion besucht und beurteilt wird, während der Unternehmer - etwa als Hotelier in Borkum - den Azubi in der Berufsschule derart unterwiesen haben möchte, so dass er ihn in seinem Betrieb gut einsetzen und voranbringen kann. Karriere mit Lehre, so heißt hier das wirtschaftlich erklärte Ziel. Ebenfalls eigene Vorstellungen zur Bildung hat der Politiker, geht es ihm doch vorrangig um die politische Bildung. Schließlich will er sich doch mit seiner Partei profilieren und wieder gewählt werden, und zwar von den so genannten „mündigen Staatsbürgern“, ohne die eine demokratisch verfasste Gesellschaft ihr plebiszitäres Fundament verliert. Dieser Verlust ergäbe eine Demokratie ohne Demokraten.

Die aufgeführten Beispiele haben eines gemeinsam: Stets geht es um bestimmte, aus der jeweiligen Situation heraus geforderte Bildungsakzente im Spannungsfeld von Anspruch und Wirklichkeit. Dies war schon zu Wilhelm von Humboldts Zeiten so. Im Mittelpunkt seines Denkens stand ein auf die Gesellschaft hin orientiertes Humanitätsideal. So gab dieser als preußischer Direktor für Kultus und Unterricht den Pädagogen vor knapp 200 Jahren zu verstehen, Bildungsanbieter dürften keine „Dienerinnen der Nützlichkeit“ sein. Damit war die unendliche Geschichte von der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung aus der Taufe gehoben, die in der sozialistischen Bildungstheorie von Karl Marx gut 50 Jahre später wohl einen krassen Auswuchs fand. So verbreitete Marx bereits in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ die These, der Arbeiter produziere „nicht für sich, sondern für das Kapi-

tal“. So sei auch „ein Schulmeister produktiver Arbeiter, wenn er nicht nur Kinderköpfe bearbeitet, sondern sich selbst abarbeitet zur Bereicherung des Unternehmers“. Dass letzterer „sein Kapital in einer Lehrfabrik angelegt“ habe, „statt in einer Wurstfabrik“, ändere nichts an dem Verhältnis.

Welch eine tiefe Abneigung zum deutschen Unternehmertum muss der Trierer Philosoph und Politiker Marx wohl gehabt haben. Vielleicht kommen aus diesem Blickwinkel noch heute bestimmte Vorbehalte gegen Privatschulen in Deutschland, die im übrigen derzeit viel mehr Ansehen bei Schülern und Eltern genießen, als unsere Schulen in staatlicher Regie. Bei all dem jedoch gilt: „Berufliche Bildung muss den Schülern dienen“, wie es Ministerialrat Gerhard Lange, Stv. Leiter der Abteilung Berufliche Bildung in niedersächsischen Kultusministerium, bereits vor 3 Jahren im Interview in dieser Zeitung forderte. Dies setze jedoch „eine stärkere Kooperation zwischen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen sowie den Betrieben in einer Region voraus“, so Lange.

Damit ist die Gretchenfrage des Lernens im Zusammenwirken mit den Betrieben angesprochen: Muss sich Bildung hierzulande besser rechnen und mithin stärker unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit und Effizienz betrachten lassen, wie es in anderen Ländern üblich ist? Vieles spricht dafür, denn schließlich ist Bildung kein Selbstzweck, sondern sie wird in hohem Maß zum Erwerb der Berufsbiografie in einer sich in stetem Wandel befindlichen Wissensgesellschaft benötigt. Von daher ist Bildung ein sehr lebendiges, vielfältiges und auch nützliches Gut, von dem vor allem jene profitieren, die mit Lust und Liebe ein Leben lang lernen. Dabei sind sie, wie es der Philosoph Karl R. Popper sagt, „auf der Suche nach einer besseren Welt“.

„Wer hat, dem wird gegeben“

Die gymnasiale Bildung, PISA und ihr Nutzen

Meschede (fsu) „Ist, wer das Gymnasium absolviert hat, am Ende gar gebildet? Und wenn ja, was ist der Nutzen dieser Bildung? So begann Jürgen Oelkers einen Vortrag, den er anlässlich der Wissenschaftstage des Gymnasiums der Stadt Meschede hielt. Und er gab sogleich die „passende Antwort“ auf die zweite Frage: „Der Nutzen besteht seit dem ersten preußischen Abiturreglement von 1788 in der Berechtigung, studieren zu können – nicht mehr und nicht weniger.“

Damit sei er eigentlich am Ende seiner Ausführungen und er könne gehen, wenn da nicht noch die etwas anderen Vorstellungen von Bildung wären, so Ölkers. Jürgen Ölkers ist Professor für Allgemeine Pädagogik an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.

Aber schon in Preußen habe das Privileg der Gymnasien von 1788 durch Eignungsprüfungen der Universität unterlaufen werden können. Die heutige Diskussion, dass die Universitäten sich ihre Studierenden selbst aussuchen sollten, führe also an diesen historischen Ausgangspunkt zurück. Dabei sei bemerkenswert, dass seinerzeit nur ein bis zwei Prozent eines Schülerjahrgangs das Abitur erhielten. Dies habe sich inzwischen erheblich geändert, so Ölkers. Während noch 1960 in



Professor Jürgen Ölkers, Universität Zürich
Foto Susewind

der alten Bundesrepublik rund 80% aller Schüler die Hauptschule besuchten, gehe der langfristige Trend der Verschulung heute eindeutig in Richtung Öffnung der Gymnasien. So habe sich das Gymnasium von einer Schulform der schmalen Elite zu einer Schule für bis zu fünfzig Prozent aller Schüler entwickelt - je nach Ort und Region. Dabei könne das Abitur an klassischen Gymnasien, integrierten Gesamtschulen, freien Waldorfschulen, Kollegs sowie beruflichen Schulen erworben werden.

Mit dieser Vielfalt sei zugleich die Qualität der gymnasialen Bildung aus Schülersicht angesprochen. Weil deutsche Untersuchungen hierzu kaum vorliegen, so sprach der Schweizer Bildungsexperte denn auch über Befunde aus dem eigenen Land. So würden im Kanton Zürich die Absolventen der Gymnasien regelmäßig alle zwei Jahre nach Abschluss der Maturitätsprüfung befragt, wie sie die Qualität ihrer schulischen Bildung im Blick auf fachliche und überfachliche Kompetenzen einschätzten. Insgesamt ergebe sich eine hohe Zufriedenheit, bei der jedoch zentral angemerkt werde, dass die „zeitliche Belastung durch die Schule“ kaum Raum lasse für die Entwicklung persönlicher Interessen.

Wie die erste landesweite Befragung aller Schweizer Gymnasien aus dem Jahre 2004 zeige, seien „die Gymnasien fachlich leistungsstark – im Blick auf die Strategien und Formen des Lernens dagegen eher weniger gut“. Dies bedeute, dass sich auch die Lehrstile der Lehrkräfte verändern müssten, denn je mehr der Unterricht vor allem auf Selbstständigkeit und

Eigenverantwortung eingestellt sei und je klarer der Aufwand und Ertrag des Lernens kalkuliert werden könnten, desto mehr anspruchsvolle Lernstrategien würden erworben. Leistungsstarke Schüler hätten damit kaum zu tun, da sie ohnehin ihre eigenen Fähigkeiten und Lernstrategien umso höher einschätzten, je besser ihre Noten seien. Hier scheine der „Matthäus-Effekt“ zu wirken: „Wer hat, dem wird gegeben.“

Feststellbar sei in bestimmten Bereichen auch eine Kopplung von Abiturprofil und Studienwahl. Den höchsten Wert mit zum Teil mehr als 90% erreichten das altsprachliche Profil sowie das Profil Physik und angewandte Mathematik. Der Nutzen der gymnasialen Bildung lasse sich also sehr wohl konkret fassen. Hingegen sei an der Besonderheit des Gymnasiums nach dem Niedergang der Lateinschulen immer wieder gezweifelt worden - seit Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem mit sozialen und egalitären Argumenten, die im Ruf nach der „Einheitsschule“ gipfelten.

Nun habe die PISA-Studie in Deutschland erneut die Frage der Chancengleichheit aufgeworfen und sie mit gleicher Verschulung für alle zusammengebracht. Dies Ziel solle mit Gesamtschulen nach skandinavischem Vorbild erreicht werden, da Finnland - am Vorbild der DDR-Einheitsschule orientiert - im PISA-Vergleich besonders gut abgeschnitten habe. Ein Blick auf die nicht geringe Jugendarbeitslosigkeit in Finnland zeige jedoch, dass die Qualität der am Ende der Sekundarstufe I nach PISA gemessenen Allgemeinbildung nicht unbedingt viel über die Verwendbarkeit des Gelernten auf dem Arbeitsmarkt aussagen müsse. Dabei messe PISA weder musische noch sprachliche Kompetenzen.

So werde die internationale Diskussion von Zahlen bestimmt, die mit Quoten und nicht oder nur nachgeordnet mit Qualitäten zu tun habe. Denn PISA sei kein Systemvergleich, sondern nur ein Leistungstest, der in bestimmten Fächern Kompetenzen von Schülern messe. So sei auch die Forderung nach einer höheren Abiturquote weniger mit den realen Beschäftigungsverhältnissen verbunden, sondern mehr mit der Forderung nach egalitären Bildungschancen.

Bei all dem sei zu bedenken, dass PISA ein Kind der OECD sei, die neben der Weltbank mächtigste Institution der internationalen Bildungspolitik. PISA habe zwei philosophische Grundkomponenten: Chancengleichheit auf der einen Seite, Allgemeinbildung auf der anderen. Dabei werde davon ausgegangen, dass die Qualität der Leistungen und das Postulat der Chancengleichheit keine konkurrierenden Politikstrategien wären. So gesehen sei PISA eine Mischung aus „Egalitätstheorie“, die mit dem Slogan „No Child Left Behind“ beschrieben werden könne, und „Humankapitaltheorie“, die von einer höheren Ausbildung ökonomischen Gewinn erwarte.

Abschließend sprach Jürgen Ölkers die Qualitätssicherung von

Gymnasien an. So würden die Schweizer Gymnasien und Berufsschulen in Zukunft die Gelegenheit wahrnehmen, sich regelmäßig extern evaluieren zu lassen. Schließlich würde auch erwogen, regelmäßig Leistungstest durchzuführen, die extern abgerufen werden könnten. Dies bedeute für die Schulen den Einstieg in eine neue Testkultur, bei der die Aufgaben den zentralen Bildungsstandards entsprechen und von außen kämen. Damit seien Chancen wie Risiken verbunden. Der zentrale

Vorteil sei wohl eine „datenbasierte“ Förderkultur. Die Gefahr bestehe aber darin, den Unterricht ganz oder weitgehend auf den Test einzustellen. So müssten sich die Lehrkräfte mit dem Wandel ihrer Schul- und Unterrichtskultur vertraut machen, ohne ihren spezifischen Fachanspruch preiszugeben. Diesen den heutigen Schülerinnen und Schülern engagiert zu vermitteln, so dass sie die gymnasiale Bildung zu ihrer eigenen machten, sei die hauptsächliche Anforderung der Zukunft.

Frauen OECD- Zahlen zur Bildung

(rb) Hannover. Mädchen gelten innerhalb des deutschen Bildungssystems mittlerweile als deutlich leistungsorientierter als Jungen. Sie haben in der Regel die besseren Schulnoten und Abschlüsse und studieren auch schneller als ihre männlichen Kommilitonen, während die große Zahl der Schulabbrecher bzw. die Schüler ohne Schulabschluss in der Mehrheit Jungen sind.

Im internationalen Vergleich untereinander liegen deutsche Frauen aber eher im Mittelfeld oder gar im unteren Drittel. Nach einer OECD-Studie für das Jahr 2003, über die jetzt das Institut der deutschen Wirtschaft berichtet hat, liegt der Anteil der Frauen zwischen 18 und 20 Jahren mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung mit 60 Prozent im guten Mittelfeld der Industrieländer; ganz oben steht einmal mehr Finnland mit 79 Prozent. 38 Prozent der Frauen haben eine Hochschulzulassung; das ist im internationalen Vergleich der zweit-schlechteste Wert nach der Schweiz.

Im Durchschnitt der OECD-Länder haben zwei Drittel der Mädchen eine Hochschulzugangsberechtigung. Die außergewöhnlichen hohen Anteile der Frauen in Irland (97 Prozent) oder auch Finnland (92 Prozent) sind darin begründet, dass in

diesen Ländern und in Frankreich eine abgeschlossene Berufsausbildung zum Hochschulstudium berechtigt.

Ganz schlecht sieht es mit Akademikerinnen aus: Mit einem Anteil von 13 Prozent der 25- bis 34-jährigen Frauen mit Hochschulabschluss bildet Deutschland das absolute Schlusslicht.

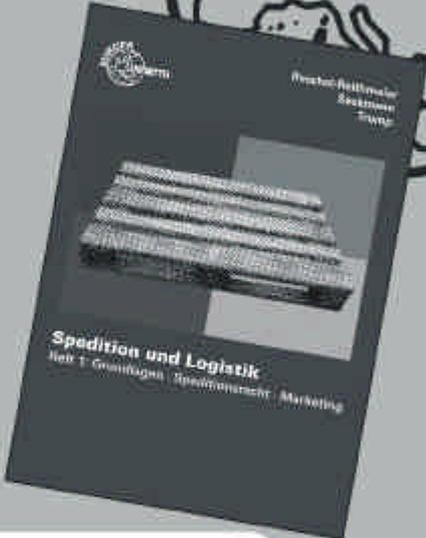
Gegenüber ihren älteren Jahrgängen haben sie sich auch nur unwesentlich verbessern können. Der Durchschnitt der 13 ausgewählten OECD-Staaten liegt bei 27 Prozent. Mit 43 Prozent bildet Norwegen die Spitze; ein Drittel der Frauen dieser Altersgruppe haben in den USA und Kanada sowie in Dänemark einen Hochschulabschluss.

(Aus: Rundblick Nr. 142 vom 28.07.06)

Aktuelles für Speditionskaufleute

komprimiert - übersichtlich - verständlich

- Lehr- und Übungsbuch in überarbeiteter, aktualisierter Auflage mit neuer ADSP 2003 und neuen Versicherungsbestimmungen
- Systematische Teilung der Kapitel in Informationsteil/ Fallstudien/Wiederholungsfragen
- Lernsymbole verweisen auf sinnvolle Lernhilfen für die handlungsorientierte Bearbeitung
- Für auszubildende Speditionskaufleute, Kaufleute des Groß- und Außenhandels, Industriekaufleute, Wirtschaftsassistenten der Fachrichtungen Spedition/ Logistik, Studenten mit dem Schwerpunkt Logistik



Stand der Preise: 1.4.2004

Spedition und Logistik
Heft 1 - Grundlagen,
Speditionsrecht, Marketing
 2. Aufl. 2003, 134 S., DIN A4,
 brosch.
 Europa-Nr. 72418 € 14,30

Verlag Europa-Lehrmittel
 Düsseldorf Str. 23
 42781 Haan-Gruiten

www.europa-lehrmittel.de



Religion Unterstützung des gemäßigten Islams

Münster (fsu) „Der Westen müsse jetzt vor allem den gemäßigten Islam unterstützen. Sonst bekämen die gewalttätigen Kräfte immer mehr Zulauf. Dies sagte jetzt Adel-Theodor Khory im Gespräch mit dem Rheinischen Merkur. Khory, der die Quelle des Papst Zitates herausgegeben hat, ist emeritierte Religionswissenschaftler an der Universität Münster.

Christliche Gemeinden müssten vor allem zuerst bei ihren islamischen Mitbürgern wissen, mit wem sie es zu tun hätten, mit Extremisten oder mit Gemäßigten. Man könne sehr wohl Gespräche über Glaube und Vernunft mit den Muslimen führen und es gäbe in der islamischen Welt genügend Ansprechpartner für diesen Dialog, auch unter den Gelehrten, so Khory weiter. Es käme nun darauf an, die richtige Atmosphäre zu schaffen.

So ist die Verlängerung des niedersächsischen Schulversuchs zum islamischen Unterricht und die Einrichtung eines entsprechenden Studiengangs in Osnabrück durch Kultusminister Busemanns nur zu begrüßen. Lesen Sie dazu den folgenden Zeitungsbericht aus dem Rundblick Nr. 151 vom 31.08.06:

Islamischer Religionsunterricht

(rb) Der Schulversuch islamischer Religionsunterricht wird verlängert und auf drei weitere Standorte erweitert. Damit bieten jetzt 21 niedersächsische Grundschulen Religionsunterricht für Gruppen ab zwölf muslimischen Schülern an. Kultusminister Bernd Busemann geht davon aus, dass islamische Religion über kurz oder lang als reguläres Schulfach in Niedersachsen für die zurzeit hier lebenden 50 000 schulpflichtigen Kinder dieser Glaubensrichtung angeboten wird. Mit der Einrichtung eines entsprechenden Studienganges an der Universität Osnabrück sei für die Lehramtsausbildung bereits ein Grundstein gelegt worden, meinte Busemann in Hannover.

Pensionsberechnungen

Der VLWN bietet die kostenlose Berechnung der Beamtenversorgung beim Ausscheiden aus dem Schuldienst mit Erreichen der Regelaltersgrenze, beim Antragsruhestand (auch bei der Schwerbehinderung) sowie beim Ausscheiden wegen Dienstunfähigkeit an.

Interessierte Lehrkräfte können die auszufüllenden Vordrucke anfordern:

Peter Weers, Neulandsweg 8, 26607 Aurich

Tel. 04941 7744, Fax 04941 73341

E-Mail peter.weers@ewetel.net

Wir gratulieren und wünschen weiterhin Gesundheit und Zufriedenheit

60 Jahre

Pankalla	Gerhard	Northeim	15.10.1946	Schöttler	Hildburg	Lüneburg	20.10.1941
Miesner	Hermann	Rotenburg	17.10.1946	Meisiek	Siegfried	Alfeld	22.10.1941
Hinrichs	Werner	Hildesheim Stadt	30.10.1946	Höppner	Klaus-Peter	Lüneburg	29.10.1941
Schapler	Klaus	Lüneburg	05.11.1946	Mrugowski	Ernst-Peter	Wolfsburg	30.10.1941
Grote	Hans	Cloppenburg	17.11.1946	Fleischhauer	Bernd	Walsrode	02.11.1941
Brück	Klaus-Dieter	Emden	08.12.1946	Meyer	Othmar	Cloppenburg	05.11.1941
Matthies	Dörte-Claudia	Stade	09.12.1946	Mellinghausen	Gustav	Osterode	10.11.1941
Grüb	Heinz	Cloppenburg	12.12.1946	Menke	Jürgen	Göttingen	27.11.1941
Brunklaus	Theodor	Nordhorn	14.12.1946	Lassalle	Werner	Hildesheim Stadt	01.12.1941
Riesenberg	Wilfried	Lingen	18.12.1946	Cravaack	Peter	Alfeld	11.12.1941
Koschwitz	Rüdiger	Northeim	20.12.1946	Schächl	Hans	Einzelmitglied	27.12.1941
Thöle	Josef	Osnabrück	27.12.1946	Langen	Norbert	Hildesh.Marienbg.	28.12.1941

65 Jahre

Mattheis	Winfried	Northeim	04.10.1941
Hanebuth	Peter	Neustadt am Rbg.	18.10.1941

70 Jahre

Daake von	Ludwig	Osterode	21.10.1936
Henze	Günter	Holzminden	30.12.1936

Wir gratulieren

75 Jahre

Hillmar	Eva	Soltau	03.10.1931
Mazurek	Helmut	Alfeld	04.10.1931
Vette	Hans	Uelzen	03.11.1931
Krause	Resi	Wolfenbüttel	16.11.1931
Cott	Georg-Oswald	Braunschweig II	21.11.1931
Mehrens	Ernst-Jürgen	Hameln	06.12.1931

80 Jahre

Haake	Wilhelm	Diepholz-Sul.	26.11.1926
-------	---------	---------------	------------

Älter als 80 Jahre

Broscheit	Edith	Hannover 21	03.10.1907
Frickenheim	Friedrich	Diepholz-Sul.	08.10.1916
Rieks	Harald	Einzelmitglied	10.10.1916
Zimmermann	Dietrich	Varel	01.10.1918
Frickenheim	Ursula	Diepholz-Sul.	18.10.1918
Schulze	Günter	Jever	25.10.1920
Hartwig	Herbert	Rinteln	10.10.1922
Grzech	Hildegard	Braunschweig II	09.10.1924
Peschutter	Otilie	Hildesh.Mbg.	13.10.1924
Kühn	Heinz-Joachim	Walsrode	28.10.1924
Rentsch	Kurt	Hannover 2	04.11.1911
Weidemann	Hans	Hannover 2	05.11.1911
Hexmann	Ursula	Ammerland	04.11.1920
Lüders	Gerhard	Hannover 3	05.11.1922
Petersen	Lotte	Osterholz-Schb.	10.11.1923
Brandt	Helmut	Wesermarsch	13.11.1923
Meyer	Heinz-Herbert	Walsrode	12.11.1924
Müller-Wiener	Ilse	Hannover 21	01.11.1925
Bertram	Christel	Ammerland	19.12.1914
Heukeroth	Gertrud	Hameln	11.12.1916
Kollosche	Walter	Osnabrück	24.12.1916
Boldt	Gerhard	Diepholz-Sul.	09.12.1920
Jungermann	Hilde	Goslar	13.12.1922
Potthoff	Mechthild	Rinteln	28.12.1924

Wir gedenken unserer Verstorbenen

L.f.F. a.D. Bernhard Tießen * 05.10.1940 † 18.06.2006
Bezirksverband Oldenburg Ortsverband Wildeshausen

L.f.F. a.D. Ulrich Müller * 26.03.1942 † 07.08.2006
Bezirksverband Braunschweig-Süd Ortsverband Northeim

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:

27.11.2006

An den **BUNDESVERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN BERUFLICHEN SCHULEN**

Landesverband Niedersachsen e.V.

Kurt-Schumacher-Str. 29 • 30159 Hannover

Tel. (05 11) 32 40 73 • Fax (05 11) 3 63 22 03

Aufnahmeantrag und Einzugsermächtigung

Name	Vorname
Geburtsdatum	Bezirksverband
Ortsverband	Dienststelle/Schule
Straße	PLZ/Wohnort
Tel./Fax	Eintritt Schuldienst
Amtsbezeichnung	Besoldungs-/Vergütungsgruppe
Berufsfeld	Unterrichts-Fächer
Konto-Nummer	BLZ
Bankverbindung	

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)

zum _____ .

Ferner ermächtige ich den BLBS widerruflich, den von mir zu zahlenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

Für die Mitgliederverwaltung:

Aufnahme in die Datei am: _____

Aufnahmebestätigung am: _____

Kopie an Kassenwart: _____

Perspektive, Teamwork und Erfolg

McDonald's – einer der ganz großen Ausbilder



Drei Dinge sind es, die den großen Traum vieler Jugendlicher heute in Erfüllung gehen lassen: Eine Lehrstelle mit Aussicht auf spätere Übernahme, einen Freundeskreis und ein Auto. Und dann geht's unter der Woche gemeinsam mit Freunden an den Drive - In - Schalter zu McDonald's, während im Radio die beliebtesten Songs laufen. Das ist Kult und zugleich Ausdruck eines positiven Zeit- und Lebensgefühls.



Des Plaines, Illinois, USA: Hier begann in den 50er Jahren die einzigartige Unternehmensgeschichte. Ray Kroc erwarb die Rechte für die Marke und legte den Grundstock für den legendären Erfolg von McDonald's. In Deutschland begann die McDonald's Geschichte mit der Eröffnung des ersten Restaurants im Jahre 1971 in München. Heute ist McDonald's mit mehr als 1270 Restaurants und täglich rund 2,3 Millionen Gästen hierzulande der Marktführer.

Zum Selbstverständnis des Traditionshauses gehört seit jeher auch die Ausbildung. Im vergangenen Jahr haben über 200 Auszubildende erfolgreich ihre Prüfung abgeschlossen. Nahezu alle Absolventen konnten in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden - mit sehr guten Aufstiegschancen. Und so stehen derzeit 1680 Auszubildende bundesweit bei McDonald's im Arbeitsleben. Die meisten von ihnen werden als „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“ ausgebildet – ein neuer und zugleich attraktiver Beruf mit vielseitigen kaufmännischen Anforderungen. Hier gilt es, den Personaleinsatz zu planen, Kostenkontrollen durchzuführen, Arbeitsabläufe zu organisieren etc. Aber auch zum Fachinformatiker – Fachrichtung Systemintegration – und zum Kaufmann/ Kauffrau der Bürokommunikation bildet McDonald's nicht nur in seinem Haupt-Service-Center in München, sondern bundesweit in allen Service-Centern aus. Zusätzlich zur praktischen Ausbildung und den Unterweisungen in der Ausbildungsstätte werden überbetriebliche Schulungen in den Regionalen Servicecentern von McDonald's Deutschland und in den Hauptservice-Centern durchgeführt.



Franchise-Karriere nach Lehrplan. Seit jeher gilt: Nur gut geschulte Partner bringen eine Geschäftsidee kontinuierlich voran. So versorgt McDonald's seine Geschäftspartner nicht nur mit weiterentwickelten Rezepten für vitaminreiche Salate und Biomilchgetränke, sondern liefert ebenfalls das passende Ambiente, die Qualitätsüberwachung sowie das komplette Know-how mit.

Nach dem Prinzip der 1961 in Illinois eröffneten „Hamburger University“ bietet McDonald's auch hierzulande seinen Führungskräften, Franchise-Nehmern und Mitarbeitern „akademische Lehrstunden“ an. Über 90 Kurse umfasst das aktuelle „Vorlesungsverzeichnis“ der Münchener „MCD - Hochschule“ - großzügig ausgestattet mit Auditorium, Labor- und Arbeitsräumen auf 1800 Quadratmetern.

Wenn da nicht ein Studiengang „Franchising“ in greifbare Nähe rückt.

In guten Händen (v.l.): Lydia Weinhold, Dominik Greim, Aygül Caliskan (Azubis) mit ihrer Restaurantleiterin Gretlis Kluge in Wilhelmshaven

Foto: fsu